



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 20.06.2013**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **19:00 Uhr**

Vorsitz

Frau Marita Brommann

Teilnehmer

Herr André Drinkuth

Herr Peter Haferkemper

Herr Peter Hellweg

Herr Hubert Kobrink

Frau Hiltrud Krause

Frau Elisabeth Lesting

Herr Ludger Lücke

Herr Christoph Mackel

Herr Hubert Meyering

Herr Holger Schramm

Frau Manuela Steuer

Herr Karl-Josef Strothmeier

Herr Paul Tegelkämper

Herr Siegfried Uthmann

Herr Markus Westbrock

Ab 18:10 Uhr anwesend.

Verwaltung

Herr Matthias Abel
Herr Heinz Becker
Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop
Herr Andreas Langer
Herr Johannes Waldmüller

Schriftführerin

Frau Petra Dieckmann

Gäste

Herr Dr. Grauthoff

Unternehmensberatung für Energie und
Umwelt

Herr Steinhoff

Institut für Regionalmanagement

Es fehlten entschuldigt:

- Herr Sibbing
- Herr Vennebusch

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2013	4
3. Vorstellung von Ergebnissen eines Energieversorgungskonzeptes der Fa. ages für diverse Objekte Vorlage: M 2013/012/2772	4
4. Beschluss des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Vorlage: B 2013/610/2777	8
5. Verschiedenes	11
5.1. Mitteilungen der Verwaltung	11
5.2. Anfragen an die Verwaltung	11

Die Vorsitzende Frau Brommann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, ganz besonders den Bürgermeister, Herrn Knop, den technischen Beigeordneten Herrn Abel, die Verwaltungsmitarbeiter, die interessierten Bürger, Frau Haunhorst von der Tageszeitung „Die Glocke“ und ganz besonders die Referenten Herrn Steinhoff und Herrn Dr. Grauthoff von dem „Institut für Regionalmanagement“ (IFR).

Frau Brommann stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität beschlussfähig ist.

Der Tagesordnungspunkt 4 wird vorgezogen und der Tagesordnungspunkt 3 wird zu 4. Die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität stimmen einstimmig zu.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Es wird keine Befangenheitserklärung abgegeben.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2013

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität **genehmigt einstimmig** die Niederschrift der Sitzung vom 13.03.2013.

3. Beschluss des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Vorlage: B 2013/610/2777

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept 2015+

Ja

Maßnahme / Fortschreibung aus SEK 2015+ zu Projekt Nr.:
N 1-1 bis N 1-5 von Seite 139

Sachverhalt:

Mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept wurde in den zurückliegenden Monaten eine gesamtstädtische, ressort- und akteursübergreifende Gesamtstrategie erarbeitet, um den Ausstoß klimaschädlicher Kohlendioxidemissionen im Oelder Stadtgebiet zu reduzieren. Basierend auf einem umfangreichen Beteiligungsprozess und zahlreichen Fachgesprächen, wurden darin auf kommunaler Ebene Handlungsfelder und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien identifiziert.

Seitens der Verwaltung wird der Beschlussvorschlag unterbreitet, als Oberziel der Oelder Klimaschutzpolitik die gesamtstädtischen CO₂-Emissionen von 273.000 Tonnen (Jahr 2011) um 17 %

auf 227.000 Tonnen im Jahr 2020 zu reduzieren, was der Variante 2 des Gutachtens entspricht. Diese Variante basiert auf der Entwicklung entsprechend überregionalen Vorgaben für Maßnahmen zum Klimaschutz zuzüglich ambitionierter Maßnahmen auf Ebene der Stadt Oelde. Variante 3, die voraussetzt, dass bis zum Jahr 2020 der Stromverbrauch im Stadtgebiet zu 100 % aus regenerativen Quellen gedeckt ist, wird nicht als Oberziel empfohlen, da dessen Zielerreichung von der Stadt Oelde nur eingeschränkt beeinflusst werden kann. Etwa dem in dieser Variante vorausgesetzten Ausbau der Windenergie könnten beispielsweise artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen, die planerisch nicht bewältigt werden können.

Darüber hinaus umfasst der Beschlussvorschlag einen Auftrag an die Verwaltung zur Schaffung einer handlungsfähigen Organisationsstruktur bzw. zur Initiierung des Umsetzungsprozesses des Integrierten Klimaschutzkonzeptes.

Herr Abel erläutert, dass der Konzeptentwurf in die Fraktionen eingereicht wurde und nun die letzte Phase die Beratungen anstehen. Er führt weiter aus, dass die Fraktionen die Möglichkeit hatten, Einzelheiten über den Maßnahmenkatalog abzufragen und in der heutigen Sitzung abschließend beraten werden sollte. Herr Abel möchte vor der Abstimmung noch einmal die wesentlichen Aussagen in groben Zügen durch Herrn Steinhoff und Herrn Grauthoff vortragen lassen. Er weist darauf hin, dass vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen nach dem vorliegenden Konzept die geförderte Einstellung eines Klimaschutzmanagers in Teilzeit vorgesehen ist.

Herr Steinhoff trägt vor, dass der Anteil an Energieverbrauch der Verwaltung für zum Beispiel die Straßenbeleuchtung oder für städtische Gebäude nur sehr gering ausfällt. Er sagt, dass diese Daten ohne den Einfluss konjunktureller Schwankungen zu sehen sind und die Zielvorgaben hier mit eingeflossen sind, nämlich die Energie möglichst effizient zu nutzen und möglichst viel Energie einzusparen. Weiter führt er aus, dass dieses Ziel im Jahr 2020 mit Hilfe der Variante 2 für Oelde erreicht sein soll, weil diese die Durchführung von sinnvollen und vernünftigen Maßnahmen in Oelde beinhaltet und am ehesten verwirklicht werden kann.

Herr Kobrink fragt, mit Durchführung welcher Maßnahmen man in der Rubrik „Wirtschaft“ von 100 Millionen kg CO² / Jahr (wie in Variante 2 dargestellt) auf 58 Millionen kg CO² / Jahr in Variante 3 kommen kann?

Herr Dr. Grauthoff antwortet, dass in der Variante 3 eine deutliche Reduzierung der CO² - Emissionen stattgefunden hat. Er sagt, dass hier angenommen ist, dass der Stromverbrauch durch 100% erneuerbare Energien gedeckt ist. Es ist untersucht worden, welche Potenziale unter Berücksichtigung des Artenschutzes bestehen. Zum Beispiel wurde davon ausgegangen, dass 170 Gigabyte Stunden per Photovoltaik auf Dachflächen machbar seien, wohingegen es heute nur 8,6 Gigabyte Stunden sind. Dann würde man problemlos auf 58 Millionen kg CO² / Jahr kommen, aber die Annahmen sind bis zum Jahr 2020 realisierbar, aber nicht im ausschließlichen Einflussbereich der Stadt Oelde. Weiter führt er aus, dass die Variante 2 technisch umsetzbar ist, Oelde sich theoretisch selbst versorgen kann und deshalb zu Variante 2 geraten wird.

Frau Steuer bemerkt, dass mit der Zustimmung zum Klimaschutzkonzept eine Entscheidung bezüglich des „Bürgerwindparks“ Oelde determiniert würde.

Herr Abel entgegnet, dass es noch keine direkte Festlegung geben wird. Der Ansatz „Bürgerwindpark“ aber Sinn macht und man so die Energiewende unterstützen könne, sofern kein Artenschutz dagegen sprech. Offen sei auch die städtebauliche Entscheidung, ob und wie viele Anlagenstandorte man wirklich planerisch ausweisen sollte. Bis auf Weiteres sind die Rahmenbedingungen für einen Bürgerwindpark aber unbestimmt, sie werden momentan weiter untersucht.

Herr Mackel bekräftigt, es gehe hier um eine grundpolitische Entscheidung, ob man sich festlegen möchte oder nicht. Hierzu wurde alles entscheidungsreif vorbereitet und heute sollte dieses Projekt auf den Weg gebracht werden.

Herr Haferkemper stimmt der Durchführung zu, da es keine zu große Festlegung an bestimmte Maßnahmen ist.

Herr Steinhoff erläutert im Folgenden die Strukturen und die Handlungsweise des Klimaschutzkonzeptes. Er führt aus, dass das Konzept 50 Einzelmaßnahmen enthalte. Die Themen wurden in Workshops diskutiert und es wurden auch langfristige Maßnahmenempfehlungen erarbeitet. Herr Steinhoff betont, dass generell großer Wert auf den privaten Bereich (Häuser) gelegt werden muss, da sich der kommunale Anteil am Immobilienbestand als sehr klein erweist. Somit müssten die Bürger durch Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, mit entsprechendem Informationsaustausch und Koordinationsleistungen. Aber auch an städtischen Gebäuden sollen weitere Maßnahmen durchgeführt werden. Nur so kann die Sanierungsquote angehoben werden. Im Verkehrsbereich könne sich die Kommune zum Beispiel fragen, wie es möglich sei, das Radfahren attraktiver zu gestalten. Im Bereich der Industrie sollten die Unternehmen angesprochen werden.

Herr Meyering fragt, ob Maßnahmen aufgrund Einstellung eines Klimaschutzmanagers zwangsläufig bezuschusst werden? Können auch Maßnahmen aus der Vergangenheit noch bezuschusst werden?

Herr Abel antwortet, dass verschiedene Voraussetzungen gegeben sein müssen, um die Förderung zu bekommen. Eine wesentliche Hürde ist, dass bei baulichen Sanierungsmaßnahmen 80% CO² eingespart werden muss. Weiterhin ist die Einstellung eines Klimaschutzmanager Voraussetzung. Ob bauliche Maßnahmen aus der Vergangenheit noch bezuschusst werden, ist zweifelhaft, in der Regel muss vor Baubeginn ein Förderbescheid vorliegen.

Herr Hellweg fragt, ob man die Stelle des Klimaschutzmanagers nicht intern ausschreiben könnte?

Herr Abel antwortet, dass die vorhandenen Mitarbeiter für diese Stelle nicht in Frage kommen und er Fördergeber eine zusätzliche Stelle für diese zusätzliche Aufgabe eingerichtet wissen wolle.

Herr Mackel fragt, ob die Stelle für lediglich 3 Jahre befristet eingerichtet würde und ob Voraussetzung für einen Projektförderung die Einstellung eines Klimaschutzmanager sei.

Herr Abel bejaht dies.

Herr Mackel weist darauf hin, dass jeder Energieverbraucher die Subventionen zahlt und man sich nun überlegen muss, ob man die Reduzierung des CO² Ausstoßes erreichen oder auf die Finanzmittel achten und sparen möchte. Er sagt, als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität werde er dieses Projekt unterstützen.

Herr Westbrook betont, dass die Art der Finanzierung von Projekten wichtig sei und man dies auch bei der Entscheidung mit berücksichtigen sollte. Er ist der Meinung, dass das Ziel erreicht werden muss und möchte dieses Projekt unterstützen. Er fragt, ob die Einrichtung der Stelle des Klimaschutzmanagers auf 3 Jahre befristet werden kann?

Herr Abel bejaht dies.

Herr Westbrook bittet darum die Stelle des Klimaschutzmanagers auf 3 Jahre zu befristen.

Herr Haferkemper sagt, dass die Fraktion die Grünen der Stadt Oelde verstärkt auf den Klimaschutz achten möchte und dieses Projekt positiv sieht. Weiter führt er aus, dass bereits in Oelde schon vieles für den Klimaschutz durchgeführt wurde, aber noch viel mehr getan werden kann. Das Projekt sei sehr gut, es gibt noch viel Potenzial (77% Altbauten!) in Oelde und deshalb sollte man dieses Projekt unterstützen. Herr Haferkemper führt aus, dass er Beschlussempfehlung zustimmen werde, aber Variante 3 als Ziel anzustreben sei. Die Stelle des Klimaschutzmanagers sollte keine Teilzeitstelle, sondern eine Vollzeitstelle werden, dass das Aufgabengebiet so umfassend sei und die finanzielle

Belastung in Grenzen gehalten werden kann.

Frau Steuer sagt, dass die Einrichtung der Stelle des Klimaschutzmanagers sehr wichtig ist, denn dieser ist in erster Linie Kommunikator und trägt Informationen in die Öffentlichkeit, weil er mit Bürgern das Gespräch sucht. Die Ziele sind nur so umsetzbar.

Frau Krause fragt, ob die Stelle länger als für 3 Jahre eingerichtet werden kann?

Herr Abel bejaht dies, weist aber darauf hin, dass die Anschlussförderung voraussichtlich bei 40% bis 50% für 2 weitere Jahre liegt.

Herr Tegelkämper weist darauf hin, dass der Kreis Warendorf in Sachen Klimaschutz weiter vorangeschritten ist als die Stadt Oelde.

Frau Brommann bedankt sich für die detaillierte Vorstellung und intensive Diskussion.

Herr Westbrock fragt, ob die einzelnen Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog einzeln mit den Ausschussmitgliedern abgestimmt werden?

Frau Brommann bejaht dies, die Maßnahmen sollen in den Ausschüssen einzeln diskutiert werden.

Beschluss:

Das Integrierte Klimaschutzkonzept wird als Leitlinie der kommunalen Klimaschutzpolitik **mehrheitlich mit 7 Enthaltungen** beschlossen. Übergeordnetes Ziel ist es, im Rahmen der sukzessiven Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzepts die gesamtstädtischen CO₂-Emissionen von 273.000 Tonnen (Jahr 2011) um 17 % auf 227.000 Tonnen im Jahr 2020 zu reduzieren.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Eine Koordinierungs- und Beratungsstelle (Klimaschutzmanagement) einzurichten. Dazu soll die Stelle eines vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderten Klimaschutzmanagements geschaffen werden. Dieser Beschluss steht hinsichtlich der Finanzierung unter dem Vorbehalt der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2014. Gemäß Förderrichtlinie „Nationale Klimaschutzinitiative“ soll das Klimaschutzmanagement mindestens eine halbe Personenstelle umfassen. Vorgesehen ist, die Stelle zunächst auf drei Jahre zu befristen. Zu gegebener Zeit ist zu prüfen, ob diese Befristung im Rahmen einer zweijährigen Anschlussförderung verlängert werden soll.
2. Einen Lenkungskreis „Klimaschutz- und Energiestadt Oelde“ unter dem Vorsitz der Stadt Oelde einzuberufen. In dem Lenkungskreis sollen Vertreter aus Bürgerschaft und Wirtschaft, aus Verbänden und weiteren Institutionen sowie Vertreter aus Verwaltung und Politik der Stadt Oelde eingebunden werden. Mit der Einrichtung des Lenkungskreises wird die erforderliche Kompetenzbündelung und Netzwerkarbeit bezweckt, um vorgesehene Handlungsstrategien weiter zu konkretisieren und die Umsetzung konkreter Maßnahmen vorzubereiten.
3. Maßnahmen zur Energie- und CO₂-Einsparung sowie zum Ausbau der Nutzung Erneuerbarer Energien im Stadtgebiet Oelde in einem Klimaschutz-Maßnahmenplan festzulegen. Insbesondere die im Integrierten Klimaschutzkonzept enthaltenen Maßnahmen sollen so in ein zeitlich konkretisiertes, nach Priorität geordnetes Arbeitsprogramm überführt werden.
4. Ein Klimaschutz-Controllingsystem aufzubauen. Mithilfe von Kontroll- und Evaluierungsinstrumenten soll der Fortschritt der von der Stadt Oelde gesteckten Ziele überprüft und dokumentiert werden.

Angesiedelt werden soll diese Aufgabe bei der Koordinierungs- und Beratungsstelle Klimaschutzmanagement.

4. Vorstellung von Ergebnissen eines Energieversorgungskonzeptes der Fa. ages für diverse Objekte
Vorlage: M 2013/012/2772

Sachverhalt:

Vor dem Hintergrund der mittelfristig zu sanierenden Heizungsanlage im Hallenbad, des neuen Standortes der Feuer- und Rettungswache an der „Wiedenbrücker Straße“ und der weiteren in räumlicher Nähe befindlichen städtischen Objekte wurde untersucht, welche Handlungsoptionen für eine künftige wirtschaftliche und nachhaltige Wärmeerzeugung in dem Plangebiet realisierbar erscheinen.

Ziel der Untersuchung war, Effizienzpotentiale bei der Wärmeversorgung darzustellen und u. a. Maßnahmen aufzuzeigen, mittels derer eine Verringerung des Einsatzes fossiler Energieträger, somit eine Verringerung der Betriebskosten und eine Reduktion der Freisetzung von Klimagasen, zu erreichen ist.

Herr Abel erläutert in diesem Zusammenhang, dass es hier um die Vorstellung eines Energieversorgungskonzeptes geht und sich hieraus im Idealfall konkrete Maßnahmen ableiten lassen, die u. U. gefördert werden. Er führt aus, dass man sich die Frage stellen muss, welche Optionen man aus energetischer Hinsicht heute hat, um die verschiedenen Varianten durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen bewerten zu können.

Herr Becker trägt vor, dass in die städtischen Gebäude kontinuierlich in aktuelle Technik investiert wurde. So wurden die herkömmlichen Gaskessel in der Vergangenheit zum Großteil zunächst auf Brennwerttechnik umgestellt. Der Entwicklung hin zu mehr regenerativen Energieträgern wurde durch die Inbetriebnahme von zwei Pellettanlagen an Grundschulen Rechnung getragen.

Parallel zur Heizungstechnik wurde auch in die Fassadendämmung investiert. So erhielt das Hallenbad 2010 / 2011 eine Dach- und Fassadendämmung und neue Fenster. Diese Maßnahme, die aus Mitteln des Konjunkturpaketes II gefördert wurde, führte bereits zu einer Energieeinsparung von 30%. Dennoch bleibt das Hallenbad unter den vorhandenen Objekten das mit dem größten Wärmebedarf.

Im Rahmen der jetzt vorliegenden Studie sollte aufgezeigt werden, welche Form der Wärmeerzeugung aus heutiger Sicht wirtschaftlich ist.

Grundsätzlich besteht dabei die Möglichkeit, einerseits die verschiedenen Energieträger bei dezentraler Wärmeerzeugung in jedem Objekt zu vergleichen, andererseits sollte aber auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass in einem Heizwerk zentral die Wärme erzeugt wird und in einem Nahwärmenetz den umliegenden Objekten zur Verfügung gestellt wird.

Ob ein Wärmeverbund wirtschaftlich sinnvoll ist, wurde anhand von umfassenden Datengrundlagen ermittelt. Eingeflossen in die alternativen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind die tatsächlichen Verbräuche, die Energiebeschaffungskosten, und die recht unterschiedlichen Investitionskosten.

Ebenfalls wurde überlegt, ob Firmen und Private in ein mögliches Nahwärmenetz als Abnehmer oder auch als Lieferant von z. B. Biogas mit einbezogen werden könnten.

Am Beispiel einiger Objekte stellte Herr Becker dar, welche Heizungsanlagen mittelfristig zum Austausch anstehen und das man jetzt auf die Ergebnisse aus dem Energiekonzept zurückgreifen kann.

Herr Langer berichtet, dass das Energiekonzept im Ergebnis empfiehlt, bei der künftigen Sanierung von

Heizungsanlagen verstärkt auf die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung zu setzen.

Bei der Kraft-Wärme-Kopplung wird für die Grundlast am Gebäude ein Blockheizkraftwerk betrieben, das gleichzeitig Strom und Wärme produziert. Ergänzt wird das Blockheizkraftwerk jeweils durch einen Spitzenlastkessel.

Die besondere Wirtschaftlichkeit dieser Technik liegt gegenüber klassischen Wärmeerzeugern darin begründet, dass der im BHKW erzeugte Strom am Objekt selber wieder genutzt wird und so teurer externer Stromeinkauf zu Teilen vermieden werden kann.

In dieser Kombination ergibt sich aktuell die wirtschaftlichste Form der Energiebereitstellung.

Untersucht wurde in diesem Zusammenhang auch, ob die Effizienzvorteile eines zentralen Heizkraftwerkes ausreichen, um die höheren Investitionskosten für das Verteilnetz und die Wärmeverluste bei der Verteilung zu kompensieren.

Hier war Ergebnis der Studie jedoch, dass alle gerechneten Verteilnetzvarianten aufgrund der Kosten und Wärmeverluste in der Wirtschaftlichkeit schlechter abgeschnitten haben als die dezentrale Versorgung in jedem Objekt.

Auch die Untersuchung anderer Energieträger wie Holzhackschnitzel, Pelletts und Biogas führte im Ergebnis dazu, dass aufgrund der höheren Investitionskosten diese Alternativen in der Wirtschaftlichkeit schlechter abgeschnitten als die Kombination aus Erdgas-Spitzenlastkessel in Verbindung mit einem Erdgas BHKW.

Herr Tegelkämper fragt, ob die Zahlen von der Firma ages zur Verfügung gestellt würden?

Herr Langer bejaht dies.

Herr Tegelkämper bewertet die Ergebnisse positiv, weil es sich bei der Firma ages GmbH um eine Unternehmung handelt, die keine eigenen wirtschaftlichen Interessen beim Energieabsatz hat und daher neutral berät. Er erläutert, dass das Berufskolleg Ahlen eine Pellettheizung und ein BHKW besitzt und dieses System äußerst gut laufe. Aber es muss vorher im Detail überprüft werden, welches System sich wirtschaftlich lohnt und das ist eine Aufgabe für den Klimamanager.

Herr Mackel fragt, welches System für die neue Feuer- und Rettungswache angedacht ist?

Herr Abel antwortet, dass Ausgangspunkt der Gedanken ein Wärmeverbund war, aber dieser sich jetzt nicht als die wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Eine weitere Option könnte Biogas oder Abwärme aus einer Biogasanlage sein. Dies wird aber noch zu prüfen sein. Man muss zunächst Betreiber von Biogasanlagen befragen, ob Überschüsse dauerhaft verfügbar sind.

Herr Hellweg fragt, ob man mit BHKWs CO²-Emissionen einsparen kann.

Herr Becker antwortet, dass dies direkt nicht der Fall ist, sofern das BHKW mit herkömmlichem Erdgas betrieben wird. Lediglich durch die höhere Effizienz der dezentralen Anlagen bei der Stromgewinnung ergibt sich gegenüber der klassischen Stromerzeugung in Großkraftwerken ein geringer positiver Effekt im Sinne einer CO² Einsparung.

Herr Haferkemper sagt, dass es Ziel sein sollte, mehr Biomasse einzusetzen, um Einsparungen zu schaffen.

Frau Brommann fragt, wann das Gutachten fertig gestellt sein wird?

Herr Abel antwortet, dass noch 2-3 Varianten errechnet werden müssen, aber in wenigen Wochen wird es fertiggestellt sein und kann anschließend an alle Ausschussmitglieder versandt werden.

Herr Tegelkämper fragt, ob man viele kleine Einzelmaßnahmen zusammenfassen kann um auf die Gesamtsumme die Förderung im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes zu erhalten.

Herr Abel erklärt, dass diese Frage beim Fördergeber noch klären ist.

Weiter führt Herr Abel in diesem Zusammenhang aus, dass die Ergebnisse zur Wirtschaftlichkeit von Herrn Zeine (Firma ages) konservativ unter Hintenanstellung der aktuellen Förderrichtlinie errechnet wurden, weil sich diese ständig ändert.

Aus dem Grund sind die Ergebnisse bewusst vorsichtig ermittelt. Sofern es Fördermittel für einzelne Maßnahmen gibt, erhöht sich die Wirtschaftlichkeit somit nochmals.

Herr Kobrink fragt, wie hoch die Investitionen für die BHKWs in den Schulen sind?

Für die BHKW's an der neuen Feuerwehr, der Th.-Heuss-Schule, dem Hallenbad/Dreifachsporthalle, der Realschule und dem Thomas-Morus-Gymnasium sind insgesamt Investitionskosten in Höhe von 432.000 Euro einzuplanen. Hinzu kommen jeweils die Spitzenlastkessel an den Objekten, so dass sich eine Investitionssumme von insgesamt 954.000 Euro ergibt.

	IST	Einzel Holz	Einzel Biomethan	Einzel BHKW	Einzel BHKW incl. Spitzenkessel
Investitionen	Invest	Invest	Invest	Invest	Invest
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Kläranlage alt					
Baubetriebshof (KFZ u. Lagerhalle)	25.760				25.760
Gröningsweg 30 (Büro mit Wohnung) - 6 Thermen	37.632				37.632
Gröningsweg 31(Sozialtrakt mit Wohnung) - 6 Thermen	37.632				37.632
Neue Feuerwehr	36.960			73.360	110.320
Olympiahalle (Turnhalle)	29.512				29.512
Lerninsel	29.512				29.512
Lerninsel (Gymnastik/WC)	8.960				8.960
Albert-Schweitzer-Schule incl OGT	29.512				29.512
Theodor-Heuss-Schule	34.720			40.000	74.720
Hallenbad + Turnhalle	78.400			123.000	201.400
Jahnstadion	25.760				25.760
Realschule	53.760			73.360	127.120
Thomas - Morus – Gymnasium "großer Zähler"	67.200			123.000	190.200
Thomas - Morus – Gymnasium "Bau III"	25.760				25.760
Summe	521.080			432.720	953.800

Die Wirtschaftlichkeit eines BHKW's hängt entscheidend von der Anzahl der jährlichen Betriebsstunden ab. Je länger ein BHKW in Betrieb ist, umso wirtschaftlicher lässt es sich betreiben.

Daher ist bei Schulen aufgrund der relativ langen Ferienzeiten genau zu untersuchen, ob sich im Einzelfall die erforderlichen Betriebsstunden aufgrund des vorhandenen Wärme- und Strombedarfs erreichen lassen.

Herr Meyering fragt an, ob auch die Option Geothermie betrachtet wurde.

Herr Becker antwortet, dass sich auch hier ein Verbund wirtschaftlich nicht lohnt, Geothermie an Einzelobjekten bleibt aufgrund hoher Investitionskosten wirtschaftlich hinter der hier dargestellten Maßnahmenvariante zurück.

Frau Brommann bittet nach Fertigstellung des Gutachtens um Zusendung an alle Ausschussmitglieder.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität nimmt Kenntnis.

5. Verschiedenes

5.1. Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

5.2. Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen an die Verwaltung gestellt.

Marita Brommann
Vorsitzende

Petra Dieckmann
Schriftführerin